



# Sozialpolitische Opposition Hamburg

Nernstweg 32 22765 Hamburg Tel. 040-390 88 62 FAX 39 90 10 12 [sopo@snafu.de](mailto:sopo@snafu.de)

**1-Euro-Jobs müssen nicht sein**

**Steigen Sie aus!**

**Oder steigen Sie gar nicht erst ein!**

19.300 1-Euro-Arbeitsgelegenheiten haben diverse Einrichtungen und Trägern in Hamburg beantragt. Mit im Boot sind nicht nur Beschäftigungsträger, sondern Wohlfahrtsverbände, Schulen, Initiativen und Einrichtungen des sozialen Hilfesystems usw. Selbst wenn von diesen Zwangsdienststellen nur die Hälfte wirklich eingerichtet werden: Bei diesen Größenordnungen kann das Programm nur umgesetzt werden, wenn es außerdem jede Menge Kooperationspartner gibt. Kein Wunder also, dass die Beschäftigungsträger „ihre“ ZwangsdienstlerInnen jetzt schon wie sauer Bier allen möglichen kleinen und großen Einrichtungen anbieten.

Wir wollen nicht darüber spekulieren, welche Mischungen aus betriebswirtschaftlichem Kalkül und Mangelverwaltung die Einrichtungen zu solchen Angeboten veranlasst hat. Wir wollen lediglich festhalten:

**Gute sozial- und arbeitsmarktpolitische Gründe für eine Beteiligung an diesem 1-Euro-Programm gibt es nicht!**

**Aber es gibt viele gute Gründe, bei diesem Programm nicht mit zu machen – auch nicht durch Kooperationsvereinbarungen!**

▪ **1-Euro-Zwangsdienste sind arbeitsmarktpolitischer Unsinn.**

Es handelt sich um „Arbeitsgelegenheiten“, nicht um Jobs. Es gibt keine Arbeitsverträge, keinen Lohn, keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, keine ArbeitnehmerInnenrechte wie z.B. das Streikrecht. Es wird keine anschließende Vermittlung in reguläre Beschäftigung geben, sondern ein permanentes Durchroutieren durch eng befristete Maßnahmen, die laut Gesetz der „Überprüfung der Arbeitswilligkeit“ dienen. Es wird auch keine vernünftige und perspektivreiche Qualifizierung oder gar Ausbildung geben, erst recht nicht bei den Größenordnungen, um die es sich jetzt handelt. Unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten gibt es keine „sinnvollen“ 1-Euro-Arbeitsgelegenheiten. Mit 225 Mio. Euro war noch nie so viel Geld für öffentliche Beschäftigung da wie jetzt. Und da wird es ausgerechnet für das repressivste Instrument ausgegeben.

▪ **1-Euro-Arbeitsgelegenheiten sind und bleiben Zwangsmaßnahmen!**

Das SGB II und die Eingliederungsverträge verpflichten Erwerbslose zur Annahme von jedweden Arbeitsgelegenheiten. Bei Weigerung oder mangelnder Kooperation droht den Erwerbslosen eine Kürzung ihrer Leistung, unter 25-Jährigen sogar die komplette Streichung des ALG II. Und selbst wenn Betroffene lieber in einer „netteren“ Einrichtung arbeiten wollen als etwa bei der HAB: Letztlich entscheidet immer der/die Fallmanagerin, ob und welcher 1-Euro-Job angenommen werden muss! Auch wenn es sie gebe: jede Wahlmöglichkeit zwischen 1-Euro-Job A und 1-Euro-Job B hat nichts mit Freiwilligkeit zu tun.

Natürlich verkauft sich eine Maßnahme besser, wenn allen Beteiligten ein Gefühl von Freiwilligkeit und Wahlmöglichkeit bleibt. Es ist möglich, Menschen so schlecht zu behandeln, dass sie selbst Arbeitsgelegenheiten mit Taschengeld als Verbesserung empfinden. Dennoch würden diese Menschen freiwillig lieber regulär und zu vernünftigen Bedingungen arbeiten.

Wenn Einrichtungen denken, sie könnten Freiwilligkeit gewährleisten, wenn sie sich – etwa im Rahmen von Kooperationsabkommen mit Beschäftigungsträgern - aussuchen, wen sie nehmen und wen nicht, so ist das eine Illusion. Sie übersehen dabei, dass ihre „Anbieter“ jeden und jede nehmen müssen, der/die zugewiesen wird. Diejenigen, die von den Einrichtungen nicht „ausgesucht“ werden, können nicht etwa nach Hause gehen, sondern müssen vom Beschäftigungsträger mit „Arbeiten“ beschäftigt werden. Weder für die Beschäftigungsträger, noch für die Betroffenen gibt's irgendeine Freiwilligkeit.

- **1-Euro-Jobs fangen die Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich nicht auf!**  
Wer angesichts des permanenten Kahlschlags im Sozial- und Bildungsbereich auf 1-Euro-Jobs zurückgreift, der verbaut sich dauerhaft die Chance auf vernünftige Regelangebote. Der billige Rückgriff auf 1-Euro-Jobs legitimiert nicht nur den Sozialkahlschlag, sondern führt das soziale Hilfesystem auch in ein strukturelles Desaster. Ein Bildungs- und Sozialsystem auf der Basis von 1-Euro-Billig-Jobs und Zwangsdiensten kann nicht funktionieren! Wer sich an diesem Programm beteiligt, zementiert nicht nur einen flächendeckenden Zwangsdienst, sondern beteiligt sich auch an der qualitativen und quantitativen Aushöhlung von Versorgungsstandards. Und er schaufelt sich auf Dauer sein eigenes Grab.

Der Verzicht auf 1-Euro-Jobs bedeutet vielleicht Mehrarbeit für KollegInnen oder Verzicht auf Leistungsangebote. Das ist nicht schön, aber die Alternative kann nicht der Rückgriff auf Zwangsdienste sein, sondern nur der politische Streit um vernünftige Ausstattungen.

- **1-Euro-Jobs sind Angriffe auf die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen der regulär Beschäftigten.**  
Bereits jetzt werden reguläre Festangestellte durch 1-Euro-Kräfte ersetzt. Bis in die Anleiter- und Fachkräftestellen hinein werden 1-Euro-Arbeitsgelegenheiten angeboten. Mit diesem Drohpotenzial wird es in Zukunft noch schwieriger, Stellenabbau, Lohn- und Gehaltskürzungen oder Arbeitszeitverlängerungen zu verhindern. Und 1-Euro-Jobs entwerten die Qualifikation von KollegInnen. Immer öfter wird es heißen: „Das, was du da machst, das kann doch auch ein 1-Euro-Jobber.“

Nein sagen, ist gar nicht so schwer! Und der Verzicht auf Kooperationsvereinbarungen ist ein durchaus wirksames Mittel, um Sand ins Getriebe des 1-Euro-Programms zu streuen. Für die meisten Einrichtungen geht es dabei nicht um die Existenz. Es geht aber sehr wohl um die eigene Glaubwürdigkeit und um die fachlichen Standards sozialer Arbeit und um die Arbeitsbedingungen im Sozial- und Bildungsbereich.

Die Sozialpolitische Opposition fordert deshalb alle Einrichtungen auf:

**Beteiligen Sie sich nicht am 1-Euro-Programm! Auch nicht durch Kooperationen!**

**Helfen Sie nicht mit bei der Installation eines flächendeckenden Zwangsdienstes!**

**Machen Sie nicht mit bei der Abschaffung des sozialen Hilfesystems!**

weitere Informationen unter [www.lichter-der-grossstadt.de](http://www.lichter-der-grossstadt.de)

